

# Erklärung zu Sozialpolitik, Ethik und Menschenwürde

Text: OBDS-Vorsitzende DSA Maria Elisabeth Moritz

Der Österreichische Berufsverband der SozialarbeiterInnen warnt in seiner Erklärung zu Sozialpolitik, Ethik und Menschenwürde davor, es als gegeben anzunehmen, dass die Krise vorbei ist und alle Maßnahmen, die zur Bewältigung der Krise getroffen wurden, nun weiter nicht mehr notwendig seien.

Der OBDS sieht die sog. „Krise“ als einen Höhepunkt einer schon länger währenden Entwicklung, die in zunehmendem Maße zur Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft auch in Österreich führte. Dieser Prozess ist weiterhin im Fortschreiten und noch nicht an einem Umkehrpunkt angelangt!

## Wesen der Krise

Armut und Ausgrenzung haben schon seit Jahren in Österreich um sich gegriffen, nicht erst seit der Finanzkrise und der jüngsten Rezession. Marktwirtschaftliche Konzepte haben sich in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt, auch im sozialen Bereich.

Eine Folge ist, dass der Anpassungsdruck auf die Menschen erhöht wird. Diejenigen, die diesem standhalten oder genügend Ressourcen haben, können im neoliberalen Wirtschaftssystem fort kommen. Eine immer größer werdende Anzahl von Menschen wird aber aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden und schafft es nicht, diesem permanenten Druck physisch, psychisch und finanziell zu begegnen. Sie fallen aus dem System einer globalisierten, neoliberalen Gesellschaftsordnung und finden keine Chancen eines Wiedereinstiegs.

## Ungleichheit

Die einseitige Sichtweise des neoliberalen Wirtschaftssystems reduziert Menschen auf ihren Marktwert. Menschliche Werte und ethische Grundsätze, die bislang gesellschaftlich positiv angesehen wurden, werden als wirtschaftlich nicht verwertbar betrachtet.

Damit werden ethische Grundsätze im Sozialgefüge verwaschen, Grenzen verschoben. Es wächst die Ungleichheit und Unmenschlichkeit. Die Auswirkungen der Krise und die politischen Rettungsversuche werden vor allem von der Masse der sog. „kleinen Leute“ finanziert, nicht aber von den Verursachern.

Enorme Geldsummen wurden kurzfristig in die Bankenrettung gepumpt, Geld, das aus den Sozialbudgets gesaugt wird und von den „kleinen Leuten“ gespeist wird.

Politische Bemühungen, neue Regeln im Finanzsystem zu etablieren, werden schnell und leise von den immer noch einflussreichen Lobbyisten aus dem Finanz- und Bankenbereich verhindert. Sparkonzepte setzen fast ausschließlich im sozialen Sektor an, Ausgaben an sozial schwache Bevölkerungsgruppen werden als Verschwendung eingestuft. Die Empfänger dieser Transferleistungen werden generell als Schmarotzer und Faulpelze gebrandmarkt.

Es ist ein bestürzendes Zeichen, dass auf weiten Strecken im neoliberalen Wirtschaftssystem die Gewinnmaximierung über die Verantwortung für die Menschen gestellt

wird. Entmenschlichung ist die Folge, gesellschaftliche Spannungen sind die Folge, zunehmende Krankheit und psychische Probleme sind die Folge und somit steigende Kosten.

Gerade der Wahlkampf in den Bundesländern Steiermark und Wien hat gezeigt, dass politische Parteien nicht davor zurückschrecken, die Integrität und die Würde von Menschen herabzumindern und große gesellschaftliche Gruppen in ein negatives Licht zu stellen.

Dies ist Ausdruck dafür, dass die wachsende Ungleichheit in Österreich hingenommen und nicht alle Anstrengung unternommen werden, diese Ungleichheit zu verringern. Der Verlust von Menschenwürde ist eine Folge. Der gesellschaftliche Grundkonsens in Österreich ist in Gefahr!

## Materielle Armut

Es verlaufen zahlreiche Risse durch die österreichische Bevölkerung, mehr und mehr Menschen haben nicht genug Einkommen zum Leben. Wohnen, Energiekosten, Schulbedarf für Kinder können trotz Mindestsicherung nicht mehr aus dem Einkommen bestritten werden.

Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote, eine rasch wachsende Anzahl von Niedriglohn-Arbeitsplätzen, Working Poor führen zu Einkommenssituationen, die eine Million Menschen in Österreich zwingen, an oder unter der Armutsgrenze ihr Leben zu bestreiten.

Zunehmend werden soziale Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand finanziert und vermehrt von freien Trägern im Auftrag angeboten werden, „marktwirtschaftlich“ gesteuert. Sie sollen möglichst „billig“ sein. Bereits heute können in vielen Bereichen soziale Dienste nur noch symbolische Hilfen anbieten oder auf „Tafeln“ oder „Suppenküchen“, „Sozialmärkte“ verweisen. Auch ist die Hoffnung trügerisch, über Niedrigstlöhne zusätzliche und „einfache“ Arbeitsplätze zu schaffen, damit Menschen sich selbst erhalten können, wie die Situation in Deutschland beweist.

Die Einführung der Mindestsicherung hat neben Verbesserungen neuerliche Einschnitte gebracht. Getrieben von den neoliberalen Trommlern, die Sozialausgaben zu kürzen, versuchen Länder und Kommunen durch neue Regeln, die Grundlagen der Existenzabsicherung für Menschen und Familien in Österreich auszuhöhlen.

## Chancenarmut

Armut führt zu Krankheit, Ausgrenzung, Depression, manifolden Benachteiligungen bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Armut ist in hohem Maße eine Armut an Chancen, insbesondere für Kinder und junge Menschen. Die zunehmende Marginalisierung großer gesellschaftlicher Gruppen vernichtet zunehmend Chancen.

Wie Richard Wilkinson in seinem Buch „Gleichheit ist Glück“ anhand von wissenschaftlichen Analysen feststellt, führt wachsende Ungleichheit zu enorm ansteigenden

Kosten im Bereich des Sozialen und der Sicherheit. Jetzt schon zeigt sich, dass eine schlechte Bildungssituation und die mangelnde Förderung von Jugendlichen und jugendlichen MigrantInnen nicht zu einem Absinken der Erwerbslosigkeit führen wird. In dieser Situation unterbleiben aber ausreichende Investitionen und notwendige Reformen im Bildungssystem, ja es werden gerade dort Einsparungen forciert!

### Fehlen von Armutsbekämpfungskonzepten

Die SozialarbeiterInnen in Österreich stellen fest, dass Armut viel zu oft nur als Randproblem gesehen wird. Armut und Ungleichheit sind als Problem der gesamten Gesellschaft anzusehen, da die Folgen nach und nach die gesamte Gesellschaft erfassen bzw. bereits erfasst haben.

Es fehlt an ganzheitlichen Konzepten und an Bewusstsein, dass Armut und Ungleichheit eine Krankheit des Systems im Neoliberalismus sind.

Nur gemeinsame Anstrengungen zur Beseitigung von Ungleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen kann die beschriebene negative Entwicklung stoppen. Die Umwertung oder Entwertung von ethischen Prinzipien unseres Gemeinwesens wie Menschenrechte und Menschenwürde, Chancengerechtigkeit, Solidarität und Unterstützung für Schwächere sind ein ernstes Alarmzeichen!

Der Anpassungsdruck an neoliberale Konzepte steigt trotz der Erfahrungen aus der Krise. Die Integration von marginalisierten Gruppen und Migranten wird nur als Anpassung verstanden. Vermehrte Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Flexibilität wird als Ziel versprochen, individuelle Rechtsansprüche und kollektive Sicherungssysteme werden jedoch ausgehöhlt.

### Rolle der Sozialarbeit

Sozialarbeit ist eine Menschenrechtsprofession, Menschen werden in allen Aspekten ihres Soseins gesehen und respektiert. Unterstützungsmaßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Chancen auf eine Verbesserung ihrer gesamten sozialen Situation nachhaltig zu erhöhen und die Rechte von Individuen und Gruppen einzufordern, sofern gegen diese verstoßen wird.

Sozialarbeit beinhaltet als Profession die Verpflichtung zur Parteinahme für arme und ausgegrenzte Menschen und die Aufgabe, auf allen Ebenen die Politik aufzufordern, ein wirksames „Armutsbekämpfungskonzept“ vorzulegen. Die Mindestsicherung war ein ambitionierter Versuch, ist aber als Armutsbekämpfungskonzept gescheitert.

Die Rolle der Sozialarbeit wird zunehmend von einer stärkeren Einbindung in Kontroll-, Disziplinierungs- und Verwaltungsprozesse bestimmt.

Die einseitige Orientierung am Kontroll- und Disziplinierungsaspekt Sozialer Arbeit führt zu einer massiven Schwächung ihrer fachlichen Möglichkeiten. Neoliberale Konzepte im Sozialbereich erzeugen Personalnot, erhöhte KlientInnenzahlen, Ersetzung von Fachkräften durch Billigpersonal, Schaffung von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Jene Berufsgruppen, die helfen sollen, die Armut zu beseitigen, werden zu Betroffenen der neoliberalen Konzepte. Die SozialarbeiterInnen in Österreich fordern das Bereitstellen von guten professionellen Bedingungen für alle, die in sozialen Berufen tätig sind.

### Der OBDS warnt davor

*gesellschaftliche Spaltung und Ungleichheit als eine „unvermeidliche Nebenerscheinung“ und Verstöße gegen Kinderrechte und Menschenrechte als „gelegentliches“ oder „kleines“ Opfer hinzunehmen.*

*Nur konsequentes Eintreten für Menschenrechte für alle Menschen, gleichgültig welcher Herkunft, kann Unrecht und Gewalt verhindern.*

### Der OBDS fordert

*Belastungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen  
ein nachhaltiges Armutsbekämpfungskonzept*

*Arbeit besser zu verteilen und gerecht zu bezahlen, damit Menschen auch davon leben können*

*gegen gesellschaftliche Spaltung anzukämpfen*

*für Solidarität und Unterstützung jener Mitglieder der Gesellschaft einzutreten, die besondere Hilfe benötigen  
die Bedeutung der Sozialen Arbeit für den sozialen Frieden endlich anzuerkennen  
und den SozialarbeiterInnen in Österreich eine gesetzliche Absicherung ihrer Tätigkeit nicht weiter zu verweigern*

*Sozialarbeit kann entscheidende Veränderungen herbeiführen und gesellschaftliche Spaltungen überwinden helfen. Sozialarbeit kann aber ihre Wirkung nur entfalten, wenn die berufliche Tätigkeit von SozialarbeiterInnen gesetzlich abgesichert ist, wenn die ethischen Grundprinzipien gewahrt sind und alle sozialpolitischen Massnahmen auf ihre Übereinstimmung mit Menschenrechten und Menschenwürde geprüft werden.*

*Der OBDS Vorstand*

*Die OBDS Bundeskonferenz*

*im November 2010*